

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 19

Artikel: B-Waffen in sowjetischen Retorten
Autor: H.T.D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

B-Waffen in sowjetischen Retorten

Die so friedliebende Sowjetunion hat dieses Jahr nicht nur wegen ihres Afghanistan-Krieges eine schlechte Presse, sondern auch wegen der bakteriologischen Katastrophe bei Swerdlowsk.

Im Januar 1980 berichtete die russischsprachige Monatszeitschrift «Possev» (Frankfurt/M.) aufgrund von Informationen aus Swerdlowsk, der Millionenstadt im Ural, über den Unfall. Allein die «Iswestija» brachten mehrere «Abfuhr an die Falsifikatoren» (am 18. April, 15. Juni und 6. August 1980): offenbar war die sowjetische Bevölkerung durch die westlichen Radiosender zu gut informiert, als dass die Behörden noch hätten schweigen können. Auch die Pariser Wochenzeitung «Russkaja mysl» (3. 7.) veröffentlichte Material über den tragischen Vorfall und illustrierte es mit einer schematischen Karte des Swerdlowsker Vororts «Wojennyj gorodok Nr. 19» («Militärstädtchen»), als «Biofabrik» bekannt, wo sich Ende 1979 die Katastrophe mit bakteriologischen Kampfstoffen ereignete.

Inzwischen sah sich auch die zuständige Unterkommission des Kongresses der USA veranlasst, die besänftigenden Erklärungen der sowjetischen Seite unter die Lupe zu nehmen, und kam zum Schluss, dass sie nicht überzeugend seien; eine «mögliche Verletzung» der internationalen Konvention über das Verbot bakteriologischer Waffen durch die UdSSR ist demnach nicht auszuschließen. Denn gegen die offizielle Version vom Ausbruch der «sibirischen Beulenseu-

che» (Milzbrand) sprechen laut dieser Kommission

- der rasche Krankheitsverlauf: die Betroffenen starben 2—4 Stunden nach Einlieferung ins Spital;
- die hohe Sterblichkeitsrate: Antibiotika blieben wirkungslos, und es gab zwischen einigen Hundert und 1000 Todesopfer;
- die für Milzbrand atypische Form der Lungenerkrankung — wo doch die Infektion «durch verdorbene Lebensmittel» erfolgt sein soll;
- die Beschränkung der Epidemie auf ein relativ kleines Gebiet und
- die völlige Immunität des Viehs gegen die Seuche.

Der frühere Gesundheitsminister der UdSSR, Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften, Generaloberst des medizinischen Dienstes und Ehrenmitglied mehrerer ausländischer Vereinigungen, E. I. Smirnow, lenkte zuletzt die Erarbeitung bakteriologischer Waffen und nahm sich nach der Katastrophe von Swerdlowsk das Leben.

Diese Information ist allerdings nicht in den «Iswestija» nachzulesen, sondern wiederum in «Possev» (Nr. 9/1980). Hier sind auch weitere Fakten angeführt, welche die sowjetische Produktion der international geächteten B-Waffen belegen:

— In der Industriestadt Kirow befindet sich ein

ähnliches Zentrum wie das Wojengorodok Nr. 19. Ueber 100 Mitarbeiter erarbeiten B-Waffen auf der Grundlage von Starrkrampf-, Lepra- und Gelbfieberbakterien. (Angabe vor der Kongress-Subkommission der USA.)

— Das Institut für Phytopathologie (Pflanzenkrankheiten) in Golyzino, Moskauer Gebiet, führt auch Bestellungen des Verteidigungsministeriums aus. Die Siedlung wird durch das Militärhandelssystem versorgt, d. h. um eine Stufe besser als die gewöhnlichen Bürger. Auf dem Versuchsfeld des Instituts wird Weizen gesät und mit Getreiderost infiziert.

— 2 der 24 Laboratorien des Leningrader Instituts für hochmolekulare Verbindungen, das der Akademie der Wissenschaften untersteht, tragen nur eine Nummer, d. h. sie sind geheim — weil sie biologischen Kampfstoffen nachspüren. Das frühere Labor für Biopolymere wurde vor drei Jahren zudem in ein selbständiges, streng geheimes «Institut für biologisch reine Präparate» umgewandelt: Es erforscht die Auswirkungen biologischer Gifte auf den menschlichen Organismus. Unter seinem Pharmazeutik-Aushängeschild besorgt sich dieses Institut im Ausland, namentlich in Japan, modernste kostspielige Ausrüstungen. Die Namen der Leiter und die Adressen dieser Institute sind bekannt.

Wieviele weitere «wissenschaftliche» Institutionen in der Sowjetunion ähnliche Zwecke verfolgen, weiss natürlich auch «Possev» nicht. Fest steht dagegen, dass in der UdSSR neben parapsychologischen Waffen auch chemische oder C-Kampfstoffe entwickelt werden; die letzteren sind in Afghanistan bereits zur Anwendung gelangt. HTD

(Fortsetzung von Seite 3)

Szenarium 1

Die Sowjetunion verbindet die Invasion in Polen mit einer ausserordentlich scharfen Nukleardrohung an Westeuropa: Grossstädte und Industriezentren seien im Visier sowjetischer Atomraketen. Massive Truppenkonzentrationen an den Grenzen zu Westeuropa würden die Glaubwürdigkeit der Drohung unterstreichen.

Westeuropa würde sich sofort zu Verhandlungen bereit erklären und Garantie leisten, dass der sowjetische Einflussbereich unangetastet bleibe.

In der Bundesrepublik würden die neutralistischen Kreise ungeahnten Zulauf erhalten. Skandinavien würde sich selbst finnlandisieren. Auswirkungen in Frankreich und Italien wären unvermeidlich. Die sowjetische Invasion Polens wäre von einer politischen Offensive gegen Westeuropa begleitet, das sich noch mehr in eine Isolation von Amerika begeben würde. Zumal die Vereinigten Staaten machtlos sind, ein Europa zu retten, das sich selbst nicht mehr retten will.

Szenarium 2

Falls die Sowjetunion die westeuropäische Angst vor einer blossen Nukleardrohung (ausgeführt würde sie ja nicht) unterschätzt, kann sie die Invasion Polens mit einer «begrenzten Militäraktion» gegen die Bundesrepublik verbinden. Sie könnte mit einem Ueberraschungsangriff — nicht etwa zum Rhein oder zum Atlantik vorstossen, wie der Westen glaubt, sondern — etwa

15 km tief nach Westdeutschland eindringen und dann ein Friedensangebot unterbreiten, in dessen Schatten Polen an die Kandare genommen würde. Der Preis für den Rückzug der Truppen aus der Bundesrepublik wäre die weitere Selbstisolation Westeuropas von Nordamerika. Auch damit wäre das langsame Abersleben der westeuropäischen Freiheit besiegt.

Was wäre zu tun?

Was wäre zu tun, um den Polen zu helfen? Und nicht nur ihnen, sondern auch den Russen, die das erste Opfer der kommunistischen Diktatur sind, letztlich auch uns selbst, um das Damoklesschwert wegzurücken, das über uns hängt? Die Antwort auf diese Frage stand auch schon in dieser Zeitung. Zum Beispiel am 8. Oktober 1969 in einem Rückblick auf die sowjetbesetzte Tschechoslowakei. Sie ist noch heute gültig, darum drucken wir sie ab. Sie wäre lediglich dahin zu ergänzen, dass der Westen inzwischen die militärische Ueberlegenheit eingebüsst hat und sich auch darum kümmern müsste.

«Hätte man denn im Sommer 1968 der Tschechoslowakei vom Westen aus Hilfe bringen können? Das ist die immer wieder gestellte, von jedem sachlichen Beobachter immer wieder verneinte Frage. Aber die Frage ist falsch gestellt. Sie müsste lauten: «Unter welchen Voraussetzungen hätte man der Tschechoslowakei damals Hilfe leisten können?» Nur diese Frage bringt uns allenfalls weiter.

Vorab und zur Vermeidung von Missverständnissen: es konnte bei einer Hilfeleistung nicht um eine militärische Unterstützung gehen. Was dann? Um eine Antwort zu erarbeiten, muss man seine Vorstel-

lungsgabe einsetzen. Denn nach dem Ereignis kann man nur darüber spekulieren, was geschehen wäre, wenn ...

Wenn Westeuropa im vergangenen Jahr zusammen mit Nordamerika eine Atlantische Union bereits vollzogen gehabt hätte;

wenn der wirtschaftliche Zusammenschluss der EWG und der EFTA bereits eine Tatsache gewesen wäre;

wenn im Rahmen solcher Koordination eine einheitliche westliche Politik im allgemeinen Interesse möglich gewesen wäre;

wenn die westlichen Länder nicht durch einen Nonkonformismus am falschen Ort erschüttert wären, dann hätte die Sowjetunion eine völlig andere Aufwand- und Ertragsrechnung aufstellen und vermutlich auf die Invasion verzichten müssen. Beweise sind schwierig. Immerhin: es ist der damaligen westlichen Einheit und damit Stärke zuzuschreiben (Marshallplan, NATO), dass Tito 1948 sich straflos dem Diktat Stalins entziehen konnte. Und: Es ist der damaligen westlichen Spaltung und damit Schwäche zuzuschreiben (Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Suezkrise), dass Imre Nagy 1956 sich nicht straflos dem Diktat Chruschtschews entziehen konnte.

Das bedeutet, dass man, um der Tschechoslowakei 1968 helfen zu können, spätestens 1963 hätte anfangen müssen, die westliche Position aufzubauen.

Das bedeutet aber auch, dass man — aus all diesen tragischen Vorkommnissen lernend — heute an die Arbeit gehen muss, um in fünf oder zehn Jahren Niederlagen der Freiheit wie 1953, 1956 und 1968 nicht ohnmächtig hinnehmen zu müssen, in Rumänien oder Bulgarien, vielleicht wieder in der DDR, kaum schon in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei. ■